

Polizei vom wilden Narrentreiben in Rottweil überrascht – AfD sieht „Freiheitswillen“

NRWZ-Redaktion

15. Februar 2021

Überrascht war die Rottweiler Polizei am Fasnetsmontagmorgen nicht nur über die Tatsache selbst, dass sich Narren versammelten, sondern auch über die Anzahl der Zuschauer, die bereits um 8 Uhr in relativ kurzer Zeit aus allen Gassen zum Schwarzen Tor kamen. Das heißt es in einem Fazit des Polizeipräsidiums Konstanz. Der AfD-Landtagsabgeordnete des Wahlkreises Rottweil, Sänze, glaubt, die Rottweiler Narren hätten ihren Freiheitswillen bekundet.

Die Polizei schätzt die Teilnehmer auf etwa 500 Personen in allen Altersgruppen, die den etwa 25 Narren zusahen, als diese durch das Tor kamen. Es wurden zwar Mund-Nasen-Abdeckungen getragen und Abstände weitestgehend eingehalten, jedoch aufgrund der aktuellen Verordnungslage musste der „Mini-Narrensprung“ vonseiten der Polizei aufgelöst werden *(Anmerkung der Redaktion: Dies ist eine Stellungnahme der Pressestelle des Polizeipräsidiums Konstanz. Beobachter vor Ort und auch die NRWZ hatten einen anderen Eindruck. Nämlich den, dass die Polizei nicht eingeschritten ist.)*

Als die Närrischen den Friedrichsplatz erreicht hatten, wurden die Narren und die Besucher von der Polizei direkt angesprochen und aufgefordert, ohne Gruppen zu bilden, sich zu entfernen. Hierzu gab es auch Lautsprecherdurchsagen. „Die Menschen kamen der Bitte durchweg nach, weswegen die Zusammenkunft nach wenigen Minuten vorbei war“, erklärt die Polizei. *(Anmerkung der Redaktion: In einer ersten Lautsprecherdurchsage sprach die Polizei noch davon, „gemeinsam einen erfolgreichen Narrensprung ermöglichen“ zu wollen. Hier war keine Aufforderung, sich zu entfernen, zu vernehmen.)*

Wegen der aktuellen Corona-Pandemie waren der „Rottweiler Narrensprung“ und weitere organisierte Fasnetsveranstaltungen bereits im Vorfeld offiziell durch die Narrenzunft Rottweil abgesagt worden. Die Mitglieder der Narrenzunft erhielten auch ein Informationsschreiben der Vorstandschaft mit Hinweisen über die einzuhaltenden Regeln.

Das jetzige wilde Narrentreiben in der historischen Rottweiler Innenstadt will Polizei nochmals prüfen, da

möglicherweise Ordnungswidrigkeiten vorliegen. Die Polizei bittet weiterhin, sich an die aktuellen Beschränkungen zu halten.

Auf Facebook gibt es ganz unterschiedliche Reaktionen auf das Ereignis. Die eine Seite spricht von Ignoranz etwa denen gegenüber, die sich an die Regeln halten und unter den Folgen des Lockdowns leiden, die andere bedankt sich etwa für ein Stück Normalität und eine gelungene Aktion.

„Freiheitswillen der Rottweiler Narren“

Der AfD-Landtagsabgeordnete Emil Sänze hat laut einer Pressemitteilung seines Büros die Präsenz der Rottweiler Narren zum Narrensprung zu einer Bekundung des Freiheitswillens erklärt. „25 Narren und etwa 450 Zuschauer haben unter dem Motto ‚Wir lassen uns von der Obrigkeit nichts sagen!‘ den Corona-Bestimmungen zum Trotz den Rottweiler Narrensprung gefeiert“, zitiert er eine Meldung der Nachrichtenagentur dpa. „Es freut mich sehr, dass die 25 Narren Zivilcourage gezeigt und ein Zeichen gegen eine zunehmend freiheitsfeindliche Staatsmacht gesetzt haben“, so der Politiker. Lob richtet Sänze aber auch an die Polizei, die aus Gründen der Verhältnismäßigkeit das närrische Treiben habe gewähren lassen: „Respekt an die Polizei, die nicht eskalierte.“

Laut Sänze ist der von der Landesregierung verhängte und andauernde harte Corona-Lockdown nicht länger zu rechtfertigen: „Es brodelt unter der Lockdown-Dunstglocke. Immer mehr Menschen nehmen es nicht mehr hin, dass ihnen Lebensfreude, Geselligkeit und Traditionen genommen werden, ihre Zukunft verspielt wird und dass ihre Lebensqualität und Freiheit unverhältnismäßig hart beschränkt wird. Die AfD-Fraktion im Rottweiler Kreistag hat den Landrat bereits aufgefordert, bei der Landesregierung auf ein Ende des Lockdowns und angemessene Alternativmaßnahmen zu drängen. Ich schließe mich dieser Forderung vollumfänglich an. Der Freiheitswillen der Rottweiler Narren bestärkt mich darin, mich weiterhin für die bürgerlichen Freiheiten und gegen eine staatlich beförderte Untertanenkultur einzusetzen.“